

## Analyse & Debatte



**Sarah Spale** Sie ist die Polizistin im ambitionierten neuen Krimi von SRF. Von Edgar Schuler

## Offen für das Unplanbare

Heute Abend startet im Schweizer Fernsehen «Wilder», eine Krimiserie, die mit grossen amerikanischen und skandinavischen Vorbildern mithalten soll (SRF 1, 20.05 Uhr). Fernsehkritiker, die schon alle sechs Folgen gesehen haben, sind sich einig: Der turmhohe Anspruch wird erfüllt. Und sie schwärmen von der Hauptdarstellerin.

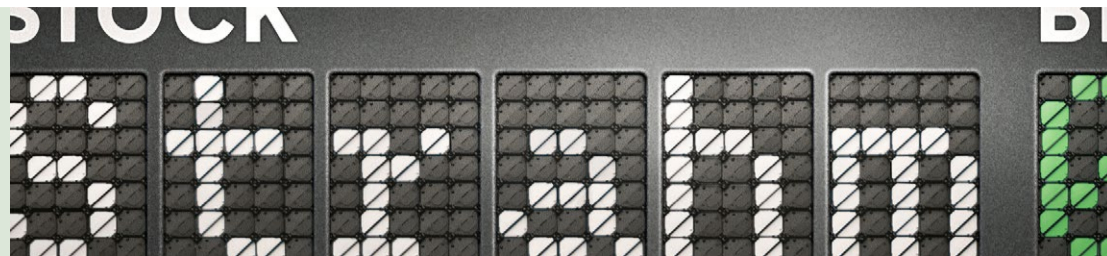
Sarah Spale spielt, heisst es, die Ermittlerin Rosa Wilder «zweifeln, verschlossen und trotzdem empathisch». Einige halten Spales Verkörperung der hartnäckigen Polizistin aus einem Bergdorf sogar für einen zentralen Erfolgsfaktor der Serie. Spale erinnert die einen an Sarah Lund, die spröde Kommissarin der dänischen Krimiserie «Das Verbrechen». Andere sehen in ihr das Charisma Charlotte Gainsbourgs, der feingliedrig-melancholischen Schauspielerin aus Paris.

Solche Vergleiche hat Spale schon öfter gehört. Damit kann sie, sagt sie, so wenig anfangen, wie wenn ihre äussere Ähnlichkeit mit ihren beiden Kindern diskutiert wird. Dafür kann Spale recht genau benennen, was sie mit der Polizistin Wilder verbindet: «Wir haben beide keine Angst vor dem Unplanbaren.» Wilder lässt sich in der Serie auf die Ermittlungen in dem fiktiven Berner Oberländer Bergdörfchen ein, obwohl sie sich doch eigentlich in Kalifornien zur Profilerin hätte weiterbilden lassen wollen. «Mir imponiert, wie Rosa sich da reinkniet, statt durchs Hintertürchen zu verschwinden.»

Von sich selber sagt die 37-Jährige, die Schauspielerin habe sie «geholt». Das begann als jugendliche mit einem Schnupperkurs an der Jungen Bühne Basel, der in ein vierjähriges Engagement mündete. Sie, die sich als «nicht besonders lustig» bezeichnet, wurde nach dem Besuch einer Clownschule für das Strassentheater Madame Bissegger engagiert. Und sie, die sich nicht sehr wohlfühlt, wenn sie Marketing für die eigene Karriere machen soll, erhielt eine Rolle in der internationalen Grossproduktion «Nachtzug nach Lissabon». Sie spielte unter dem Applaus der Kritiker an der Seite von Jeremy Irons, Bruno Ganz und Martina Gedeck.

Das war vor vier Jahren - aber statt dann den internationalen Erfolg auszukosten und sich in neue Engagements zu stürzen, wartete Sarah Spale ab. Um das zu können und nicht zwingend schauspielern zu müssen, erarbeitete sich Sarah Spale mit dem Primarlehrerdiplom ein zweites Standbein. Wöchentlich zweimal nachmittags und abends betreut sie Teenager im Basler Jugendzentrum Breiti.

Und dann kam «Wilder». Die Städterin schlüpfte in die Haut der Bergdörflerin, den Basler Dialekt vertauschte sie mit einem seriös antrainierten Berndeutsch. Und jetzt, acht Monate nach Ende der Dreharbeiten in Urnerboden, entscheidet das Publikum über den Erfolg - und auch über eine allfällige zweite Staffel. «Die Figur der Rosa Wilder ist jedenfalls noch nicht ausgereizt», sagt Sarah Spale.



Kolumne Rudolf Strahm

## China auf Einkaufstour

Nun gehört das Chemieunternehmen Syngenta mit seinen 28 000 Mitarbeitern vollends zum chinesischen Staatskonzern Chemchina. Die Basler Industriepierle, die bei Pflanzenschutz, Saatgut und Biotechnologie technologisch weltweit führend ist und zahlreiche Patente besitzt, ging für 44 Milliarden Franken an China. Der chinesische Eigentümer belässt zwar die Produktion in Basel, vorläufig wenigstens, aber die Schlüsselstellen in der Forschungsabteilung werden mit Wissenschaftlern aus China besetzt. So läuft in der globalisierten Welt der Technologietransfer, der letztlich zur Marktbeherrschung führen kann.

Wer von einem Schweizer Flughafen aus fliegt, ist heute auch in der Obhut Chinas. Die Swissport International, die weltgrösste Servicegesellschaft für Flughäfen und Flugesellschaften mit insgesamt 62 000 Mitarbeitenden und Hauptsitz bei Zürich, wurde von der chinesischen Investmentgesellschaft HNA übernommen. Auch der Gastrolieferant für Flugzeuge Gate Gourmet und die Flugzeugwartungsfirma SR Technics in Kloten gehören dem chinesischen HNA-Konzern. Damit kontrolliert dieser in der Schweiz eine Schlüsselinfrastruktur von strategischer Bedeutung. Aber auch im Ausland, denn Swissport betreibt weltweit 280 Flugverkehrsstandorte in 28 Ländern.

Von einem Gegenrecht, wonach schweizerische oder andere europäische Konzerne in China Firmen erwerben könnten, kann demgegenüber keine Rede sein. Diese Abschottung wird trotz des Freihandelsabkommens der Schweiz mit China weiter praktiziert.

Auch in anderen Ländern Europas ist China auf Einkaufstour bei Hightechfirmen. In Deutschland wurden 76 Unternehmen von chinesischen Investoren und Firmen aufgekauft, darunter auch der Augsburger Kuka-Konzern, der weltweit führend Industrieroboter für die Autoproduktion herstellt.

### Die langfristige Strategie Chinas

China ist für die hiesigen Firmen zwar ein verlässlicher Partner, verlässlicher etwa als die kurzfristig operierenden US-Konzerne. Aber China verfolgt ein strategisches Langfristziel zur Durchdringung und Eroberung der Märkte in Europa und Asien. Im Departement von Johann Schneider-Ammann ignoriert man diplomatisch-rücksichtsvoll, aber womöglich wirtschaftspolitisch naiv dieses wachsende Ungleichgewicht. Man verweist immer noch stolz auf das Freihandelsabkommen Schweiz - China.

Das schweizerische Aktienrecht und die internationale Kapitalmarktliberalisierung erlauben nicht, chinesisches Kapital und generell Firmenkäufe durch Ausländer abzuwehren. Die 30 grössten Schweizer Konzerne werden bereits heute zu durchschnittlich 82 Prozent Aktienanteil von ausländischen Investoren beherrscht - allerdings mit grosser Länderstreuung. Auch Schweizer Konzerne sind aktiv auf Einkaufstour im Ausland. Dennoch sollte der Bund alarmiert sein und in dreifacher Hinsicht aktiv werden.

Erstens braucht es ein Bundesgesetz zum Schutz strategisch wichtiger, nationaler Infrastruktur. Für Schweizer Firmen von nationaler Wichtigkeit muss eine Bewilligungspflicht für die Beteiligung von ausländischen Investoren eingeführt werden - etwa zum Schutz der Bereiche Rüstung, Elektrizität, Stromtransport, Wasserversorgung, Telecom, Post, Cybertechnik, Verkehrsinfrastruktur, Medienunternehmen, Hochschulen, Gesundheit, Börsen und systemrelevante Banken. Entscheiden soll dabei der Bundesrat unter Einbezug einer Parlamentsdelegation nach vorgegebenen Kriterien.

### Abschottung nicht mehr tolerieren

Die Schweiz wäre dabei nicht allein. Frankreich und die USA kennen bereits eine scharfe Regulierung zum Schutz ihrer nationalen Interessen. Deutschland bereitet sie derzeit vor, und die EU hat eine europaweite Regelung für die Übernahme durch Ausländer in Aussicht gestellt.

Zweitens muss bei China und anderen Staaten mit Abschottungspraxis ein konsequentes Gegenrecht gefordert und eingehandelt werden.

Und drittens sollten alle Lobbyisten der Strom- und Verkehrswirtschaft und die Privatisierungsdogmatiker im Seco alle ihre Träume einer weiteren Privatisierung von schweizerischen Service-public-Unternehmen endlich beerdigen. Denn eine Mehrheitsbeteiligung des Staates ist die wirksamste Sperre gegen das Verschern dieser Unternehmen an ausländische Investoren.

Selbst Börsenakteure und Zürcher Wirtschaftsanwälte widersetzen sich heute nicht mehr einer selektiven gesetzlichen Bewilligungspflicht für strategisch wichtige Branchen von nationalem Interesse. Ob allerdings die heute zuständigen Departementsverantwortlichen für eine solche Gesetzgebung überhaupt die politische Kraft aufbringen werden?

### Plünderer und Heuschrecken

Einer antichinesischen Stimmungsmache muss man allerdings entgegenwirken. Denn es grassiert auch ohne China heute eine Wildwest-Situation im Aktien- und Börsenrecht. Grosse Schweizer Traditionsunternehmen werden zum Spielball von «aktivistischen Aktionären», also von Hedgefonds, amerikanischen Börsenraubern, ja sogar von Firmenplünderern und Heuschrecken. Letztere fallen über eine börsenkotierte Firma her, reissen sie sich vorübergehend unter den Nagel, plündern die Filetstücke und ziehen von dannen. Und alles ist legal. So kommt es, dass ein kleiner, lauter Hedgefonds-Manager mit nur 0,2 Prozent Aktienanteil an der Credit Suisse mit der Unterstützung von Börsenraubern mitten im schmerzhaften Gesundheitsprozess der CS deren Zerschlagung in drei Firmenteile fordern kann.

So kommt es, dass ein oder zwei US-amerikanische Hedgefonds-Manager den bislang stabilen Nestlé-Konzern zum Verkauf grosser, unterdurchschnittlich rentabler (aber immer noch rentabler) Firmenteile zwingen können.

So besteht die Gefahr, dass eine unternehmerisch inaktive Erbenfamilie mit nur 16 Prozent Aktienanteil am innovativen, hoch rentablen Schweizer Baustoffkonzern Sika dank dem Missbrauch eines börsenrechtlichen Schlupflochs - das der Gesetzgeber nie zu einem solchen Zweck vorgesehen hatte (der Schreibende war dabei) - diese Firma an den schwächelnden französischen Saint-Gobin-Konzern verschern kann, ohne die anderen Aktionäre entsprechend abzugelten.

### Die Folgen der Abzockerinitiative

Die Linke hat mit zu verantworten, dass solche Industrieunternehmen zum Spielball von aktivistischen, kurzfristig und kurzfristig operierenden Financiers werden. Mit der Annahme der Abzockerinitiative wurde nämlich nicht nur die Boni-Abzockerei durch Manager geregelt. Vielmehr wurde das Aktienrecht umgekrempelt und mit den neuen Vorrechten für die sogenannten Kleinaktionäre auch den Hedgefonds, Heuschrecken und Stimmrechtsberatungsfirmen die Tür geöffnet. Die Boni-Wirtschaft ist durch die Minder-Initiative mit Ausnahme der schlimmsten Exzesse (Vasella, Dougan) kaum eingedämmt, sondern bloss besser legitimiert worden.

Das Volk meinte, mit der Abzockerinitiative die Boni-Jäger zu treffen. Doch gleichzeitig hat es auch Schweizer Unternehmen zum Spielball von Finanzjongleuren gemacht. Auch diese Raubzugkultur ist ein Beleg für den dringenden Handlungsbedarf.

## «Es braucht ein Gesetz zum Schutz Schweizer Firmen.»



Rudolf Strahm

Der ehemalige Preisüberwacher und SP-Nationalrat wechselt sich mit Politgeograf Michael Hermann und mit Autorin und Schauspielerin Laura de Weck ab.

**Migration** Die Schweiz sollte akut bedrohte Menschen aufnehmen. Von Hans Brandt

## Lasst Flüchtlinge einfliegen

«Sommaruga will Flüchtlinge einfliegen», melden verschiedene Medien am Sonntag und Montag - und Politiker und Leserinnen auf Websites empörten sich. Nationalrat Thomas Aeschi (SVP) etwa sieht ein riesiges Problem: «Dann versuchen auf diesem Weg noch mehr Leute, gratis ein Ticket nach Europa zu ergattern.» FDP-Ständerat Philipp Müller warnt: «Das gäbe ein Desaster.»

Noch drastischer sind die Onlinekommentare. «Sie soll doch gerade eine Zwangsabgabe für alle Eidgenossen einführen und damit jedem Afrikaner, Syrer, Iraker, Afghanen etc. etc., der sein Land verlassen möchte (Gründe egal), einen Erstklassflug in die Schweiz (bezahlen)», schimpft etwa Niklaus Huber auf Tagesanzeiger.ch.

Dabei hat Simonetta Sommaruga nichts anderes getan, als in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag» besonders schnelle Hilfe für besonders bedrohte Menschen zu fordern: «Wir müssen die Schwächsten rasch aus den libyschen Haftzentren rausholen.» Damit bekräftigt die Justizministerin eine seit Jahren etablierte Schweizer Praxis, für die das Land international geachtet wird. Die Regierung hat schon vor Jahrzehnten Kontingente für bedürftige Flüchtlinge festgelegt, etwa aus Tibet oder für «Boat People», die zum grössten Teil aus Vietnam kamen. Auch zu Zeiten des Jugoslawienkrieges fanden so Tausende Zuflucht in der Schweiz.

Seit 2013 gelten solche Kontingente für Flüchtlinge aus Syrien: Der Bundesrat hat beschlossen, 3500 besonders bedürftige Syrer bis 2017 aufzunehmen, vor allem Kinder, Frauen und schwer kranke Menschen. Heute laufen solche Programme unter dem Begriff «Resettlement»: Sie dienen der Neuan siedlung von Leuten, die aus ihrem Heimatland vertrieben wurden, deren Existenz aber immer noch akut bedroht ist.

### Führender Zufluchtsort

Dem Flüchtlingshilfswerk UNHCR zufolge hat die Schweiz von 2013 bis Ende September 2017 1909 solche Kontingentflüchtlinge aufgenommen. Die festgelegte Obergrenze wurde also noch nicht erreicht. Das sind, verglichen mit den Hunderttausenden, die im Nahen Osten in Lagern sitzen oder von Nordafrika aus nach Europa drängen, verschwindend geringe Zahlen. Und dennoch gehört die Schweiz, gemessen an ihrer Bevölkerungszahl, zu den führenden Aufnahmeländern Europas. Schweden allerdings, ein Land mit ähnlicher Bevölkerung, hat fast fünfmal so vielen akut bedrohten Menschen Zuflucht geboten.

Dabei handelt es sich um Flüchtlinge, deren Status lange vor ihrer Ankunft in Europa umfassend geprüft wird - erst vom UNHCR, dann von Schweizer Beamten. Weder werden auf diese Weise Extremisten in die Schweiz geholt, noch handelt es sich um «junge Männer, die an Bahnhöfen herumhängen und Frauen belästigen», über die immer wieder geschimpft wird.

Sommaruga sprach im Vorfeld eines Treffens der Kontaktgruppe Zentrales Mittelmeer, das nächste Woche in Bern stattfindet. Beteiligt sind neben der Schweiz sechs EU-Länder, sieben nord- und westafrikanische Länder sowie die EU, das UNHCR, die Internationale Organisation für Migration und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz. Ziel der Gruppe ist eine gemeinsame Strategie, um die Migration über das Mittelmeer einzuschränken.

Erste Ergebnisse hat das schon gebracht: Seit diese Länder die libysche Küstenwache fördern, ist die Zahl der Migranten, die Italien erreichen, stark zurückgegangen. Eine langfristige Strategie ist das allerdings noch nicht. Gedacht wird an eine internationale Aufsicht der Haftlager in Libyen, an Hilfe für Migranten, die dort gestrandet sind und zurück in ihre Heimat wollen, und an Aufnahmezentren etwa in Niger, in denen Migranten davon überzeugt werden, gar nicht erst bis ans Mittelmeer zu ziehen.

Nur in einem solchen Verbund mit anderen Ländern kann die Schweiz darauf hoffen, dem Druck der Migration langfristig widerstehen zu können. So hat sie in Verhandlungen ein viel grösseres Gewicht, als wenn sie alleine auftreten würde. Und sie kann sich die Lasten einer solchen Politik mit potenteren Ländern wie Frankreich und Deutschland teilen. Dazu gehört nicht nur eine Beteiligung an den Kosten, sondern auch an Kontingenten für besonders bedürftige Flüchtlinge.